

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsorte außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshol, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balber, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 117

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig — Offertgebühren 30 Reichspennig und Porto.

Halver
Samstag, den 20. Mai

Ersteht werktätlich
mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monat
Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb.
— Postcheckkonto: Dortmund 2941. —

1933

Wieder in Genf

Frankreich im Anklagezustand.

Deutschland wird die Schuldfrage stellen. — Neue Seite.

Der deutsche Botschafter Napoléon ist nach einem vierstündigen Nonstopflug aus Berlin in Genf eingetroffen und wurde sogleich nach seiner Ankunft vom Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, zu einer längeren Unterredung empfangen.

Das allgemeine öffentliche Spiel geht jetzt einwandfrei in der Richtung, Deutschland entgegen dem Sinn der ganz eindeutigen und klaren Darlegungen des Reichskanzlers Hitler als den allein Verantwortlichen für das gesamte Schicksal der Abrüstungskonferenz hinzustellen und von einer Erklärung Napoléons unter Zurückziehung der deutschen Abänderungsanträge den weiteren Verhandlungsablauf abhängig zu machen. Die Franzosen wollen zunächst keine Erklärung abgeben.

Auf deutscher Seite wird man auf diese allzu offensichtlich tendenziösen Methoden in keiner Weise eingehen. Man betont deutschseits, daß es nahezu lächerlich und entwürdigend sei, daß das völlig abgerüstete Deutschland sich jetzt vor der Abrüstungskonferenz wegen seines ehrlichen Abrüstungswillens verteidigen müsse, während die schwergerüsteten Staaten,

in allererster Linie Frankreich und die französische Staatengruppe,

bisher in keiner Weise auch nur die leisesten Zeichen eines ehrlichen Abrüstungswillens gezeigt hätten. Im Mittelpunkt der Abrüstungskonferenz müsse jetzt die Abrüstungsbereitschaft Frankreichs und der übrigen schwergerüsteten Staaten, nicht mehr wie bisher Deutschlands, stehen. Die Schuldfrage werde jetzt von deutscher Seite gestellt werden. Das Wort habe Frankreich.

Neuer „Abrüstungs“-Skandal.

Nur ein Bruchteil der polnischen Wehrverbände anerkannt.

Im Effektivauschuß der sogenannten Abrüstungskonferenz wurde die Stärke der privaten Wehrverbände Polens besprochen. Die polnische Regierung selbst hat angegeben, daß nur 9300 Mann für die militärische Anrechnung in Frage kämen. Der Vertreter Italiens beantragte, die Stärke auf 13000 Mann festzusetzen. Sein von Deutschland, Ungarn und Österreich unterstützter Antrag wurde jedoch von der französischen Staatengruppe bei Stimmhaltung Englands und der Vereinigten Staaten mit vier gegen fünf Stimmen abgelehnt und die von der polnischen Regierung selbst angegebenen Ziffern angenommen.

Damit hat der Effektivauschuß im wesentlichen die großen rein militärischen, vom polnischen Kriegsminister geleiteten und geführten modernen bewaffneten Wehrverbände aus der Anrechnung auf das polnische Heer herausgelassen, während bekanntlich die in keiner Weise militärisch ausgebildeten, unbewaffneten deutschen Verbände als rein militärische auf das Heer anzurechnende Organisationen erklärt worden sind.

Abrüstungskonferenz im Zeichen der Hitler-Rede.

Wiederzusammentritt des Hauptausschusses. Erneute deutsche Zustimmung zum MacDonald-Plan.

Vor überfüllten Tribünen und unter größter Spannung trat in Genf Freitag nachmittag der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz unter dem Vorsitz des Präsidenten Henderson zusammen, um jetzt in die sachlichen Schlussberatungen einzutreten. An der Sitzung nahmen alle Abordnungen vollständig teil.

Henderson eröffnete die Sitzung mit der Verlesung der Botschaft Roosevelts und ging dann auf die Reichskanzlerrede über, die er „ein außerordentlich bedeutungsvolles Ereignis“ seit der letzten Sitzung nannte. Deutschland habe die Roosevelt-Botschaft angenommen, die Konferenz müsse jetzt das gleiche tun. Nach der Roosevelt-Botschaft sei eine weitere Erhöhung der gegenwärtig bestehenden Rüstungen ausgeschlossen. Reichskanzler Hitler habe

die Gleichberechtigung Deutschlands

durch fortschreitende Abrüstung der übrigen Mächte verlangt. Die Botschaften Roosevelts und Hitlers gaben der Konferenz neue große Hoffnung. Was in den nächsten Tagen geschehe, werde entscheidend sein. Die Abrüstung und der erste Schritt zur Lösung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Chaos sei die Entscheidung über Krieg oder Frieden. Noch vor der Weltwirtschaftskonferenz müßten die Hauptgrundsätze der Abrüstung geregelt werden.

Henderson sagte dann wörtlich: „Nichts hat mich in der Rede des Reichskanzlers so stark beeindruckt, wie der Hinweis, daß neue Gewalttaten nur den völligen Zusammenbruch der heutigen sozialen und politischen Ordnung der Welt bedeuten würden.“

Henderson schloß mit einem Appell an alle Regierungen, durch gegenseitiges Verständnis und Zugeständnisse das Zustandekommen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens zu ermöglichen.

Die Erklärung Napoléons.

Nach Henderson ergriff Deutschlands Vertreter, Napoléon, das Wort. Er dankte zunächst Henderson für die freundlichen Worte, die dieser der Kanzlerrede gewidmet habe. Napoléon fuhr dann fort:

Ich darf mir erlauben, hinsichtlich der allgemeinen Stellung Deutschlands zum Abrüstungsproblem und im besonderen zu dem jetzigen Stand der Konferenzarbeiten auf die Rede des Reichskanzlers vor dem Reichstag zu verweisen, in der klar und unzweideutig der Wille Deutschlands zur Verständigung, zur Zusammenarbeit und zum Frieden zum Ausdruck gekommen ist. Auch hinsichtlich unserer Stellung zu der bedeutungsvollen Botschaft des Präsidenten Roosevelt darf ich auf die zustimmende Antwort des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und auf die Worte hinweisen, mit denen der Reichskanzler seiner Genugtuung und seinem Einverständnis Ausdruck verliehen hat.

Beide Kundgebungen sind ein starkes Bekenntnis zum Gedanken der Notwendigkeit der allgemeinen Abrüstung, ohne die eine Sicherheit der Nationen nicht verbürgt werden kann, und ein starkes Zeugnis des Willens, mit aller Kraft dazu beizutragen, um diese Konferenz noch vor dem Beginn der Weltwirtschaftskonferenz zu einem positiven Ergebnis zu bringen.

Beide Kundgebungen zielen darauf hin, den Völkern der Erde, die sich in London zur Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt versammelt, den Mut zu geben, ihre Arbeiten in Angriff zu nehmen und der Welt endlich eine Erleichterung der wirtschaftlichen Not zu verschaffen, unter der sie schon so viele Jahre leidet.

In dem ich mich in solcher Weise auf die Rede des deutschen Kanzlers beziehe, kann ich mir die nähere Erläuterung hinsichtlich der konkreten Anwendung der in der Rede dargelegten Grundsätze und Auffassungen für die weitere Aussprache der Materie selbst vorbehalten und mich im Augenblick darauf beschränken, lediglich die Frage zu beantworten, die zur Grundlage für die Gestaltung unserer weiteren Beratungen geworden ist.

Praktische Gleichberechtigung!

Das deutsche Volk erwartet nach wie vor von dieser Konferenz zwei Ergebnisse: Sicherheit und Abrüstung der hochgerüsteten Staaten und Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung. Es glaubt, daß der britische Entwurf eine mögliche Grundlage für die Lösung der Probleme bieten kann. Ich kann daher hiermit im Namen meiner Regierung erklären, daß wir diesen Entwurf nicht nur wie bisher als Verhandlungsgrundlage, sondern als Grundlage für die abzuschließende Konvention annehmen. Soweit wir Änderungen vorzuschlagen haben, werden sie unserer neuen Haltung entsprechen.

Ich hoffe, diese Erklärung zeigt Ihnen aufs neue, mit welchem Geist der Mäßigung und der Verständigung wir an dem Zustandekommen des Abkommens mitarbeiten. Ich spreche die Hoffnung aus, daß auch die anderen Staaten sich nunmehr in den Rahmen eines positiven Ergebnisses, so wie es sich auf der Grundlage des britischen Abkommensentwurfes nunmehr abzeichnen scheint, einordnen.

Erklärungen des englischen und des französischen Vertreters.

Der englische Staatssekretär Eden bezeichnete dann die Botschaft Roosevelts und die deutsche Reichskanzlererklärung als Ereignisse von größter Tragweite für die gesamte Abrüstungskonferenz und brachte die Befriedigung der englischen Regierung über die Stellungnahme der Reichsregierung zum Ausdruck. Warm begrüßte Eden sodann die Erklärung des deutschen Reichskanzlers über die Bereitwilligkeit, mit allen Mächten zur Lösung des Abrüstungsproblems zusammenzuarbeiten. Deutschland werde die englische Regierung stets bereitfinden, ihrerseits an der Lösung dieser großen entscheidenden Probleme mitzuwirken.

Die englische Regierung würdige den Geist, von dem die Erklärung des deutschen Reichskanzlers getragen sei. Wenn alle Regierungen von dem gleichen Geist geführt würden, dann sei zu hoffen, daß in absehbarer Zeit das große Ziel erreicht würde.

Der französische Vertreter Massigli beschränkte sich auf einige kurze auffallend kühle und zurückhaltende Worte. Das französische Volk habe die Botschaft des Präsidenten Roosevelt voll gewürdigt.

In vorsichtigem Ton begrüßte Massigli

dann die Erklärung des Reichskanzlers Hitler. Die französische Regierung wolle jetzt die von Deutschland angekündigten Vorschläge abwarten.

Präsident Henderson erklärte dann, daß die Konferenz unter allen Umständen bis zum Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz zu einer Einigung über die Hauptgrundsätze des Abrüstungsabkommens zu gelangen habe. Der Hauptausschuß werde daher möglichst ununterbrochen tagen müssen. Der Ausschuß nahm diese Mitteilung des Präsidenten mit einem bedeutungsvollen Schweigen auf. Die nächste Sitzung ist auf Sonnabend vormittag festgesetzt worden.

Die Erklärung Napoléons ist in den leitenden englischen und französischen Kreisen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Die deutsche Abordnung hat die Hauptleitfäden des englischen Planes angenommen: Der Vereinheitlichung der kontinental-europäischen Heere wird von Deutschland unter der Bedingung der tatsächlichen Abrüstung der anderen zugestimmt. Deutschland ist jetzt ferner bereit, auf Angriffswaffen überhaupt zu verzichten, wenn die schwergerüsteten Staaten die schweren Angriffswaffen bis zum Abschluß des Abrüstungsabkommens vollständig vernichten. Die Frage der Dauer des ersten Abrüstungsabkommens, nach dessen Ablauf die vollständige materielle Gleichberechtigung Deutschlands auf allen Gebieten Geltung erhält, gewinnt damit entscheidende Bedeutung. In den anderen Waffen wird die Forderung auf völlige materielle Gleichstellung Deutschlands mit den übrigen Mächten voll aufrechterhalten.

Wie man in Paris abrüstet.

Der französische Senat kürzt die Ausgaben bei allen Ministerien, nur nicht beim Kriegsministerium.

Der französische Senat legte am Freitag die Beratung des Finanzgesetzes fort und befaßte sich mit einem Antrag, der eine Herabsetzung der Ausgaben sämtlicher Ministerien um fünf v. H. vorsieht. Der Senator Bourgeois brachte hierzu einen Zusatzantrag ein, wonach das Kriegsministerium von dieser Ausgabenbeschränkung ausgenommen werden soll. Ministerpräsident Daladier unterstützte als Kriegsminister den Antrag. Er erklärte, er glaube nicht, daß in der Unterhaltung der Truppen Ersparnisse gemacht werden könnten, denn sie seien weder zu gut angezogen, noch zu gut gepflegt. In der Ausbildung werde er niemals irgendwelche Zugeständnisse machen. Frankreich brauche ein gut ausgebildetes Heer, das nicht auf dem Kasernengas bleiben könne.

Daladier fuhr wörtlich fort: „Vielleicht wird eine Einschränkung des Materials möglich sein, wenn die im Gang befindlichen internationalen Verhandlungen trotz der Schwierigkeiten, die ich nicht verkenne, deren Bedeutung ich aber auch nicht überschätze, zu einem Ergebnis gelangen. Vielleicht werden die Völker verstehen, daß es Zeit ist, endlich zu positiven Maßnahmen in der Abrüstung überzugehen. Im Augenblick ist es jedoch illusorisch, an eine Verlangsamung der militärischen Vorbereitung zu denken. Morgen werden wir es wissen, ob die anderen Völker bereit sind, abzusrüsten. Solange aber heißt es für uns vorsichtig zu sein, und deshalb kann ich den Antrag des General Bourgeois nur zustimmen.“

Vor der Erklärung des Ministerpräsidenten war es zu einem lebhaften Zwischenfall gekommen, als der Haushaltsminister betonte, daß man den einzelnen Ministerien nicht die Wahl lassen dürfe, wie sie die fünfprozentige Ausgabenkürzung durchführen wollten. Es müsse schon in den Gelehen angegeben sein, wo die Ersparnisse einleihen sollten. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Caillaux, erwiderte hierauf, daß es unmöglich sei, daß eine Regierung den Forderungen des Parlaments, die sich in einem Gelehen ausdrückten, keine Rechnung trage. Der Ministerpräsident habe die Pflicht, seinen Kollegen die Achtung vor dem Willen des Parlaments aufzuzwingen, sonst habe er zurückzutreten.

Der Senat verabschiedete schließlich die Herabsetzung der Haushalte der Ministerien um fünf v. H. mit Ausnahme des Kriegs-, Luftfahrt- und Kriegsministeriums.

Jetzt müssen Taten folgen!

Roosevelt über das Echo seiner Botschaft.

Präsident Roosevelt drückte Besuchern im Weißen Haus gegenüber seine Befriedigung über die Aufnahme seiner Botschaft in der ganzen Welt sowie über die Rede des deutschen Kanzlers aus. Roosevelt meinte, wenn die guten Absichten, die in den verschiedenen Antworten zum Ausdruck kamen, in die Tat umgesetzt würden, wären ausgezeichnete Aussichten für den Erfolg der Abrüstungskonferenz vorhanden.

Prinz Phillip von Hessen Oberpräsident

Wie der Vertreter der Telegraphen-Union erfährt, ist der in Rom weilende Prinz Philipp v. Hessen zum Oberpräsidenten der preussischen Provinz Hessen-Nassau ernannt worden. Der Prinz ist verheiratet mit Prinzessin Masalda, einer Tochter des Königs von Italien.

Schachts Besprechungen in London.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht wurde bei seiner Ankunft in London auf dem Bahnhof von dem Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, empfangen. Die Unterredungen zwischen den beiden Vertretern der Zentralbanken Deutschlands und Englands erstreckten sich auf einen Meinungsaustausch über die gegenwärtige Lage und werden sich auch mit der Sitzung der Auslandsgläubiger Deutschlands befassen.

Göring wieder in Rom.

Reichsminister Göring ist mit dem Flugzeug in Rom eingetroffen und vom Luftfahrtminister Balbo empfangen worden.

Trompetenstöße.

Umgestürzte Mauern. — Die Tat des 17. Mai.
Alarmsignale.

Mit emsigem Eifer, mit heiligem Bemühen und hämischer Freude ob des gelungenen Werkes hatte man Mauern rings um Deutschland errichtet, Mauern, die das Mißverständnis, alte Abneigung oder junge Gegnerschaft, wirtschaftlicher Neid oder gar langjähriger Haß aufgebaut hatten. Immer höher, immer breiter und fester wurden diese Mauern, die uns von der übrigen Welt, von Licht und Luft, ja von der Achtung und Teilnahme aller noch etwa vorhandenen Freunde im Ausland absperrten sollten. Alle Versuche deutscherseits, diesem Tun entgegenzuwirken, hatten nur einen geringen, meist gar keinen Erfolg. Und die Sendboten, die zu diesem Zweck hinausgegangen waren, stießen auf unzweideutiges Abfeulen oder — wie in London — auf offene Feindschaft nicht bloß derer, die als Staatslenker wenigstens einsichtsvoll zur konventionellen Zurückhaltung verpflichtet sind, sondern breiter Volksschichten, die sich durch eine geschickte Propaganda gegen alle Deutsche hatten aufheben lassen. Wenn der deutsche Außenminister selbst davon sprach, daß man draußen alles daran setze, uns „politisch und moralisch zu isolieren“, so war das eine Feststellung, deren Richtigkeit sich nicht bestreiten ließ angesichts zahlreicher Reden und Vorgänge in London und Paris, in Genf und im europäischen Südboten, und selbst in den Vereinigten Staaten, die es doch nachgerade gelernt haben sollten, sich ein wenig besser in der Geisteshaltung des Nachkriegseuropas zurechtzufinden und sich nicht so ohne weiteres ausgerechnet von Frankreich politisch ins antideutsche Schlepptau nehmen zu lassen! Paris hatte es propagandistisch ausgezeichnet verstanden, die Amerikaner bei der richtigen Erkenntnis zu packen, daß die von ihnen so eifrig in Angriff genommene und vorbereitete Weltwirtschaftskonferenz glattweg zur Erfolglosigkeit verurteilt sein würde, wenn die Genfer Konferenz mit Lärm und Getöse auseinanderplätzen würde. Hurtig baute man deswegen an der Mauer des Mißtrauens gegen Deutschland als des angeblich Schuldigen an der Krise und an der Gefährdung des Abbrüstungsgebens. Das Werk schien vollendet, der Mauerring geschlossen und festgefügt, Deutschland „politisch und moralisch völlig isoliert“, von den Freunden verlassen zu sein, die sich vorzeitig zurückhielten, — da stürzte ein großer Teil dieser Mauern ein vor den Trompetenstößen der Reden Hitlers zum deutschen Volk. Wir sahen wieder helleres Licht, atmeten frischere Luft.

Auch solche Kreise in Deutschland, die sich innerlich noch verbunden fühlen mit dem Gestrigen, haben es begrüßt, daß der Reichstanzler, seiner Zusage anlässlich der früheren Sitzung entsprechend, den Deutschen die Tagung zusammenrief und ihn als Vertreter des deutschen Volkes zum Mitkämpfer machte im Angriff auf die uns rings umgebenden Mauern. Daß er dem Reichstanzler einmütig Gefolgschaft leistete, daß er sich einhellig hinter ihn stellte, geht sogar noch über das hinaus, was — nicht zu Unrecht — jetzt so manchmal Gegenstand der Erinnerung gewesen ist: die Abstimmung des Reichstages über die Kriegskredite am 4. August 1914. Aber damals haben doch einige Sozialdemokraten des linken Flügels Deutschland die Mittel zum Kampf um seine Selbsterhaltung versagt. Man muß noch um ein paar Jahre in der Geschichte des Reichstages zurückgehen, um auf ähnliches zu stoßen, was am 17. Mai getan und gewollt wurde. Als bei der zweiten Marokkokrise der damalige Chef der englischen Admiralität, Winston Churchill, mitten im Frieden ganz unzweideutige Angriffs- und Kriegsdrohungen gegen Deutschland ausgesprochen hatte, da geschah als Antwort darauf, was in der Geschichte des deutschen politisch-parlamentarischen Lebens geradezu unerhört war: der Reichstag genehmigte ohne jede Debatte und einstimmig — die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimmabgabe — den Marinhaushalt. Das war nicht etwa nur eine Geste, sondern war eine klare, unmißverständliche Antwort auf die Unverschämtheiten des Engländers, war ein Trompetenstoß, der die Welt, auch England, aufhorchen ließ und eine starke Wirkung ausübte. Nur ähnlich ist dies damalige Geschehen dem, was jetzt am 17. Mai erreicht wurde: „In dieser für das Leben der Nation entscheidenden Schicksalsstunde der Gleichberechtigung des deutschen Volkes stellte sich der Reichstag geschlossen hinter die Reichsregierung.“ Geschlossen der Reichstag, geschlossen auch das deutsche Volk. Und das war ein Trompetenstoß, der dröhnend über die Welt hinwegklang. Wir hören seine Stärke im Widerhall von überall her.

Auch über ein anderes Gebiet hinweg tönte der Klang eines alarmierenden Trompetenstoßes: Dr. Schacht hat bei seiner Abreise aus Washington mitgeteilt, daß Deutschland die Zins- und Amortisationszahlungen für die im Ausland aufgenommenen Kapitalien zwar nach wie vor aufbringen wird, daß aber unser Devisenaufkommen aus dem Außenhandel viel zu gering geworden ist, um nun auch den „Transfer“, die Überleitung jener Zahlungen ins Ausland, die in Devisen zu geschehen hat, künftighin bewerkstelligen zu können. Das kommt nicht überraschend; denn immer und immer wieder ist von Deutschlands amtlichen Vertretern darauf hingewiesen worden, daß wir zwar zahlen wollen an das Ausland, aber nicht zahlen können, wenn man draußen unserem Außenhandel immer größere Hindernisse entgegenstellt, sich gegen ihn mit immer höheren, immer breiteren Mauern von Zöllen und Einfuhrverboten abschließt. Im April hat aber unser Außenhandel einen Tiefstand erreicht wie niemals zuvor, war der Ausfuhrüberschuß auch wieder nicht ausreichend hoch, um die für die restliche Bezahlung unserer Auslandsverpflichtungen notwendigen Devisen hereinzubringen. Was nun geschehen soll, darüber wird demnächst in Berlin auf einer Konferenz mit den Gläubigervertretern gesprochen werden. Aber um überall in der Welt die den Gütertausch verbindenden Mauern zu erschüttern, — dazu bedarf es der Trompeten einer ganzen Weltwirtschaftskonferenz.

Dr. Fr.

Die Festigung des Binnenmarktes.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Der Außenhandel im Monat April hat bei einem Einfuhrwert von rund 320 Millionen Reichsmark einen Ausfuhrwert von etwa 380 Millionen gebracht, so daß sich ein Überschuß von 60 Millionen ergibt. Zu beachten ist dabei, daß die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die sonst gerade im Monat April ungewöhnlich hoch zu sein pflegte, stark zurückgegangen ist. Das ist eine sichtbare Auswirkung der agrarpolitischen Maßnahmen des Reichswirtschafts-

Margarineverordnung u. Einzelhandel

Vom Märktischen Einzelhandelsverband wird unter obiger Überschrift geschrieben:

„In einigen Tageszeitungen wurde vor einigen Tagen eine Notiz über eine Sitzung der Fachgruppe Lebensmittelhandel im Märktischen Einzelhandelsverband e. V. veröffentlicht, welche geeignet ist, Unklarheiten und irreführende Meinungen über die Stellungnahme des Lebensmittelhandels zu der von der Reichsregierung eingeführten Neuordnung der Fettversorgung herbeizuführen. Da in der Bevölkerung über die Ursachen der Margarine- und Fettknappheit sowie über die Preisbildung und die Handhabung der Fettischeine sehr viel Unklarheit herrscht, veröffentlichten wir als Niederschlag der Aussprache in der Fachgruppe Lebensmittelhandel die nachfolgenden Ausführungen.“

Von dem Gedanken ausgehend, daß die Landwirtschaft einer der allerwichtigsten Faktoren unseres politischen Lebens darstellt, hat die nationale Regierung ihre ersten Maßnahmen darauf konzentriert, die Rentabilität der Landwirtschaft zu steigern und den Konsum von Fetten, welche entweder als Fertigprodukte oder aber als Rohstoffe vom Ausland importiert werden, abzubauen. Es ist eine Reichsstelle für Öle und Fette eingerichtet, welche den An- und Verkauf von Ölen und Fetten insbesondere auch der Rohstoffe für die Margarineproduktion in Händen hat.

Durch ein weiteres Gesetz ist die Margarineproduktion vorläufig für die Zeit bis zum 30. Juni 1933 beschränkt auf 50 Prozent der Menge, welche die Industrie im letzten Vierteljahr 1932 hergestellt hat. Um die Preise für landwirtschaftliche Fette, insbesondere Schmalz, Butter, Speck usw., den unmöglich niedrigen Preisen von Margarine und Auslandsfetten anzupassen, ist darüber hinaus eine Verbrauchsabgabe eingeführt, die 25 Pfg. je Pfund beträgt.

Das Zusammenwirken der am 1. Mai in Kraft getretenen Bestimmungen hat mancherlei Unruhe in der Bevölkerung hervorgerufen. Die plötzlich eingetretene Knappheit an Margarine ebenso wie durch die Verbrauchsabgabe von 25 Pfg. bedingte Preiserhöhung begegnen hier und da noch großem Unverständnis, so daß es notwendig ist, für Aufklärung zu sorgen. Grundsätzlich muß eins hervorgehoben werden. Der Handel kann weder für die Knappheit an Margarine noch für die Preisentwicklung irgendwie verantwortlich gemacht werden. Selbstverständlich ist, daß der Handel von sich aus mit aller Schärfe darauf bedacht ist, daß in seinen Reihen niemand die Knappheit an Margarine und anderen Fetten zu irgendwelchen Preistreibern benutze.

Vor der Kontingentierung konnte der Konsument im hiesigen Bezirk billige Margarine zu 22 bis 25 Pfg. das Pfund kaufen. Diese billige Margarine wird nach der Kontingentierung im Augenblick von der Mehrzahl der Margarinefabriken noch nicht wieder produziert. Im Augenblick muß der Einzelhändler selbst weitestgehend für die billige Sorte Margarine im Einkauf bezahlen, als der frühere Verkaufspreis für die billige Sorte betrug. Hinzu kommt die oben genannte Verbrauchssteuer von 25 Pfg., die, was besonders drückend ist, ihrerseits wieder der Umsatz- und Einkommensteuer unterliegt, so daß hierdurch bewirkt wird, daß der Handel im Augenblick die billige Margarine nicht unter 65 bis 68 Pfg. pro Pfund verkaufen kann. Bessere Sorten kosten im Augenblick 70 bis 75 Pfg. und die dritte Sorte 88 bis 95 Pfg.

Die effektive Verteuerung durch die Kontingentierung und durch die Verbrauchsabgabe beträgt für den Konsumenten etwas mehr als 25 Pfennig. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Margarineproduzenten ihren Grundpreis für den Handel erhöht haben mit der Begründung,

schäftsministeriums, deren Ziel es ist, der deutschen Landwirtschaft durch Steigerung des Absatzes nicht nur eine Ausweitung der Produktion möglich zu machen, sondern auch einen wachsenden Ertrag der mühseligen Arbeit zu sichern. In Sachen der Zinsenkung ist einstweilen noch keine Entscheidung gefallen, weil hier auch eine Rolle spielt, durch einen Umbau der Finanz- und Steuerpolitik einen Abbau aller Steuern zu erzielen, die die Vermögens- und Kapitalbildung bisher nachteilig beeinflusst hatten. Es war ja unter dem schwarz-roten System so, daß die Steuer- und Finanzpolitik jede Kapitalbildung verhindern sollte, was auch dazu beigetragen hat, die Zinsen in die Höhe zu treiben, denn nach dem wirtschaftlichen Gesetz der Steuerabwälzung sind die hohen Steuern vielfach durch die Erhöhung der Zinssätze abgewälzt worden.

Eine wirkliche Besserung der innerwirtschaftlichen Lage läßt sich zweifellos feststellen, wobei besonders unterstrichen werden muß, daß es das Inland selbst ist, das zu dieser Besserung beiträgt. So berichtet der Verband deutscher Maschinenbauanstalten, daß das Ausfuhrgeschäft im April zwar zurückgegangen sei, daß dafür sich aber bald ein Ersatz durch erhebliche Steigerung der Nachfrage im Inland erzielen lasse.

Bezeichnend ist auch, daß das Reichswirtschaftsministerium die Bestimmungen für die Devisenbeschaffung wieder hat verschärfen müssen, nachdem sich herausgestellt hat, daß das Fluchtkapital immer wieder Mittel und Wege fand, über die Grenze zu kommen. Neuerdings wird das Saargebiet bevorzugt, da sich von hier aus das Fluchtkapital leicht weiterverbreiten läßt. Es ist unbedingt notwendig, nicht nur jede volkswirtschaftsschädliche Kapitalausfuhr zu verhindern, sondern auch alle Devisen zu erfassen, die aus dem regelrechten Ausfuhrgeschäft hereinkommen. Der Ausfuhrüberschuß in den ersten vier Monaten 1933 liegt bei 175 Millionen Reichsmark, so daß für das ganze Jahr kaum mehr als 500 Millionen Reichsmark zu erwarten sind. Die Summe ist notwendig, um den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank wieder aufzufüllen, so daß zunächst wohl für den Zinsendienst der Auslandskredite wenig oder gar nichts übrig bleibt. Dem entspricht auch, daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht die Auslandsgläubiger aufgefordert hat, zu Verhandlungen am 26. Mai nach Berlin zu kommen.

Die Auslandsverschuldung Deutschlands ist neuerdings auf 25 Milliarden geschätzt worden, von denen rund 9,3 Milliarden kurzfristig sind, d. h. bis zum 1. Oktober 1933 zurückgezahlt werden müssen. Vom Stillhalteabkommen sind kaum 50 Prozent dieser Summe erfüllt, aber Deutschland denkt nicht daran, trotz der zoll- und handelspolitischen Maßnahmen gegen seine Warenausfuhr für die kurzfristigen Schulden die Zahlungseinforderung auf nicht absehbare Zeit zu erklären. Im Gegenteil: Deutschland will seinen Kredit aufrechterhalten, aber es muß erwarten, daß die Gläubigerländer mit dem Verzicht auf deutsche Waren aufhören. Denn Deutschland kann Kapital und Zinsen schließlich nur aus dem Überschuß

daß die Produktion bei nur halber Beschäftigung der Maschinen und Belegschaft erhöhte Generalunkosten habe, die im Preise zum Ausdruck kommen müssen; insbesondere macht die Margarine-Union für sich geltend, daß sie trotz der durch die Kontingentierung verursachte Arbeitsminderung ihrer Betriebe keinen Angestellten und Arbeiter entlassen habe und entlassen wolle, naturgemäß aber gezwungen sei, die ihr dadurch erwachsenen höheren Lasten im Preise zum Ausdruck zu bringen. Ob sich der Margarinepreis durch Wiederaufnahme der Produktion der allerbilligsten Sorten noch etwas senken wird, bleibt abzuwarten, ist aber wahrscheinlich, da die sogenannte Kennzeichnungsverordnung der Reichsregierung vom 13. April 1933 nicht in Kraft gesetzt wird. Diese Verordnung war wohl die Hauptursache dafür, daß die billigsten Sorten, die aus bestem und gesundem Walffischtran hergestellt werden, nicht mehr produziert wurden. Die Verordnung schrieb nämlich vor, daß auf sämtliche Behälter und Verpackungen von Margarine angegeben werden müsse, aus welchen Rohstoffen Margarine, Kunstspeisefette usw. hergestellt seien. Rohstoffe für Margarine sind bekanntlich Erdnußöl, Sojaöl und Walffischtran, sämtlich Materialien, die einwandfrei sind und eine gute und gesundheitsförderliche Ware hervorbringen. Sicherlich aber wäre trotz dieser Tatsache der Umstand, daß die Herstellung dieser billigsten Sorten aus Walffischtran ostentativ hätte dem Publikum eingepreßt werden müssen, dem Verbrauch der billigsten Sorten Margarine abträglich geworden. Es ist erfreulich, daß die Regierung diese Verordnung nicht in Kraft gesetzt hat; denn den Schaden hätten bedauerlicherweise nur wieder die ärmsten Schichten der Bevölkerung getragen, welche bisher auch die billigen Margarinearten mit gutem Appetit und ohne Widerwillen gegessen haben.

Für Wohlfahrts-, Arbeitslosenunterstützungsempfänger und Rentenempfänger tritt bekanntlich ab 10. Mai eine Verbilligung der durch die Verbrauchsabgabe im Preise hochgetriebenen Margarine- und Fettarten ein. Durch die Preise sind die Einzelheiten bereits mitgeteilt worden. Ob die Fettarten im Umfang ihrer jetzigen Ausgabe genügen, um einer Familie die Verbilligung zu bringen, die sie benötigt, um auf die Höhe der Ausgabe für Fett im Haushalt zu kommen, die sie vor der Kontingentierung aufbrachte, ist zu bezweifeln. Sachlich muß auch an dieser Maßnahme kritisiert werden, daß die Verbilligung durch Fettarten diejenigen Kreise leider nicht trifft, die in Lohn und Arbeit stehen, deren Lohn und Gehalt jedoch auch bei voller Arbeit sehr niedrig ist.

Der Lebensmittel Einzelhandel hat sich auf die neuen Anordnungen der Regierung umzustellen. Der Kaufmann hinter dem Ladentisch hat es hierbei nicht leicht. Er ist derjenige, der jedem Kunden Rede und Antwort stehen muß, und auf den sich bei vielen, die die Zusammenhänge nicht erkennen können, der Mißmut ablädt. Von der großen Öffentlichkeit darf man jedoch erwarten, daß sie versteht, um was es sich bei dem nun einmal zur Rettung der Landwirtschaft notwendigen Gesetzgebungswerk der Reichsregierung handelt und daß sie dem Lebensmittelhändler, der an Fett und Margarine einen denkbare niedrigen, sehr häufig seine Unkosten nicht deckenden Verdienst hat, Gerechtigkeit widerfahren läßt. Der Lebensmittelhändler seinerseits denkt nicht daran, Kritik zu üben; denn er weiß, welche weiten und guten Ziele hinter der Sache stehen. Die Regierung muß nur aufmerksam verfolgen, wie in diesen ersten Wochen des Inkrafttretens der Fettgesetze die Auswirkungen sich zeigen und ob nicht der Prozentfuß der Kontingentierung und der Umfang des den minderbemittelten Kreisen zufließenden Fettgeldes erhöht werden muß.“

seiner Warenausfuhr bezahlen. Es wird gut sein, wenn sich dies besonders die angelsächsischen Länder merken, die insgesamt mit rund 11 Milliarden Reichsmark an den nach Deutschland gelegten Krediten beteiligt sind.



Reichspräsident von Hindenburg bei der Einäscherung des Generals von Francois.

Im Wilmersdorfer Krematorium zu Berlin wurde General von Francois, der bekannte und verdiente Heerführer im Weltkrieg, eingäschert. Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg ließ es sich nicht nehmen, persönlich an der Trauerfeier für seinen alten Waffenkameraden teilzunehmen. Links hinter dem Reichspräsidenten sein Sohn, Oberst von Hindenburg.

Helfst mit bei den Arbeitsdienstlagern!

Eine große Anzahl Gemeinden hat sich aus freiem Antrieb der Reichsleitung für die Arbeitsdienstpflicht gegenüber bereit erklärt, kostenlose Unterkunfts-möglichkeiten für die Abteilungen der Arbeitsdienstpflicht zur Verfügung zu stellen. Die Reichsleitung macht von dieser Opferwilligkeit der Bevölkerung gern Gebrauch, zumal die Mittel für den Arbeitsdienst knapp bemessen sind. Sie wäre auch dankbar, wenn ihr noch mehr gebrauchte Rundfunkapparate zur Verfügung gestellt würden, da die Mittel nicht dazu ausreichen, die Arbeitsdienstlager mit Rundfunkapparaten auszustatten, andererseits aber der Rundfunk im Arbeitsdienstlager den jungen Leuten sehr willkommen sein wird.

Strafvollstreckung wird beschleunigt.

Eine Verfügung des Justizministers Krell. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Justizminister eine Verfügung erlassen, in der es u. a. heißt: „Bei der Bearbeitung der Gnadenachen im Justizministerium ist in letzter Zeit häufig die Wahrnehmung gemacht worden, daß zwischen dem Eintritt der Rechtskraft des auf Strafe lautenden Urteils und dem Beginn der Strafvollstreckung ein ungewöhnlich langer Zeitraum lag, obwohl kein tatsächliches oder rechtliches Hindernis bestand, die Strafe früher zu vollstrecken. Die Nachprüfung hat ergeben, daß Verurteilte es häufig verstanden haben, die Strafvollstreckung durch immer wiederholte Gesuche um Strafaufschub, um bedingte Strafausschließung oder um Straferlaß hinauszuschieben.“

Ich nehme daher Veranlassung, mit allem Nachdruck und größtem Ernst die Strafvollstreckungsbehörden und die Beauftragten für Gnadenachen darauf hinzuweisen, daß grundsätzlich die Vollstreckung der Strafe dem Eintritt der Rechtskraft des Urteils auf dem Fuße zu folgen hat.“

Das Heil der Welt liegt nicht im Rechenstift!

Vizekanzler von Papen über den Unternehmer im neuen Staat.

Vizekanzler von Papen war von dem Verein der Deutschen Zuckerindustrie zur Hauptversammlung gebeten worden, und hat es übernommen, trotzdem Wirtschaftsfragen nicht sein eigentliches Ressort sind, allgemeine Ausführungen über die Aufgabe des Unternehmers im neuen Staat zu machen.

Der Vizekanzler ging davon aus, daß die neue Zeit nur den Grundsatz der Leistung anerkenne, nur Leistungen und nicht Ansprüche auf Grund alter Verdienste seien maßgebend. Er zeichnete dann, wie während der letzten Jahrzehnte zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft eine immer größere Entfremdung entstand, die zum größten Teil eine Folge der Anonymität der Wirtschaftsführung war.

Das Gebot der Stunde sei, an Stelle von Generaldirektoren wieder wahre, selbstverantwortliche Unternehmer zu schaffen, und die schicksalshafte Verflechtung von Unternehmer und Arbeiterschaft nach den Ideen, die der Reichskanzler auf dem denkwürdigen Kongress der Deutschen Arbeitsfront entwickelte, durchzuführen.

Das Heil der Welt liege nicht im Rechenstift, nicht in der Herausarbeitung hoher Dividenden, sondern es seien die menschlichen Werte, die den neuen Staat bilden müßten. Der Vizekanzler sprach dann von der

neuen korporativen ständischen Gliederung

der Wirtschaft in Anlehnung an die Rede des Reichskanzlers und betonte, daß in der Wirtschaft der Zukunft der kollektivistische Gedanke zugunsten individueller Leistung verschwinden werde. Die Erlasse höchster Regierungsstellen in Reich und Ländern der letzten Tage zeigten, daß mit allen Mitteln die Wiederkehr der Ruhe und des Vertrauens in der Wirtschaft unter Ausschaltung aller unberechtigten Eingriffe angestrebt werde.

Das Unternehmertum müsse das Vertrauen zur Staatsautorität haben, daß es diesen Anordnungen Geltung verschaffen werde. Deshalb sei es die Pflicht jedes Unternehmers Staat und Volk gegenüber, nicht länger mehr abzuwarten, sondern

mit allen Kräften den Wirtschaftsapparat in Gang zu setzen,

wobei der Vizekanzler seinem Glauben an die unzerstörbare Kraft des deutschen Unternehmertums Ausdruck gab, wenn es sich mit einer sozialbefriedigten Arbeiterschaft zu gemeinsamem Tun verbindet.

Die Tschechei — das Pulverfaß Mitteleuropas.

Befundungen eines englischen Zeitungsmagnaten.

Lord Rothermere beschäftigt sich in einer Zuschrift an die Londoner Zeitung „Daily Mail“ mit den außerordentlichen Rüstungen der Tschechoslowakei. In der Zuschrift heißt es u. a.:

„Ohne zu fragen, was für Menschen innerhalb der Grenzen dieses neuen Landes lebten, lieferten die Alliierten der Tschechoslowakei Millionen von Deutschen und Ungarn aus, ohne sie in einer Volksabstimmung befragt zu haben, ob sie sich dem neuen Staat anschließen wollten oder nicht. In Mißachtung des Geistes des Versailler Vertrages, der die Tschechoslowakei überhaupt erst ins Leben rief, unterhält dieses Land heute Armeen und Rüstungen, die im Verhältnis zur Bevölkerung vielleicht die ungeheuersten in Europa sind. In manchen Teilen der Tschechoslowakei herrscht heute ein richtiges Schreckensregiment. Genügt es da mit gekrenzten Armen und erlaubt, daß dieses ungeheuerliche Unrecht fortgesetzt wird. Dr. Benesch ist einer der notorischen Feuerprediger Europas. Ist es nicht höchste Zeit, daß eine Konferenz von drei oder vier Großmächten einberufen wird, um sich mit den Rüstungen der Tschechoslowakei zu befassen und die unerträglichen Ungerechtigkeiten, unter denen die Minderheiten in diesem Lande leiden, wieder gutzumachen?“

Die brutale Knechtung des Sudetendeutschums, die sich in ihrem jetzigen Stadium in der Verhaftung von Hunderten Deutschen äußert, hat in der sudetendeutschen Bevölkerung zu spontanen Abwehrmaßnahmen geführt, nach dem Grundsatz:

„Wehrlos, aber nicht chlos!“

So sollte jetzt der bei der Bevölkerung hochverehrte Hauptschriftleiter des „Deutschen Böten“ in Braunau in Böhmen, Hubert Birle, in das königäraber Kreisgericht

eingeliefert werden. Auf diese Nachricht hin bemächtigte sich eine ungeheure Erregung der Bevölkerung. Der schwerbewaffnete Gendarmerie gelang es nur unter äußersten Anstrengungen den Bahnhof mit dem Verhafteten zu erreichen.

Als das Signal zur Abfahrt des Zuges ertönte, legten sich alle Demonstranten vor die Gleise, Männer und Frauen, Kinder und Greise und brachen in den Ruf aus: „Heil Hitler!“ — „Es lebe Sudetendeutschland.“ Die Gendarmerie trieb die Massen mit dem Kolben von den Gleisen. Erst dann gelang es, mit dem Verhafteten abzufahren.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 20. Mai 1933.

Rogate.

Ephef. 6, 18: Betet stets in allen Anliegen mit Bitten und Flehen im Geist.

Wer ist ein Mann? Wer beten kann Und Gott dem Herrn vertraut.

Einer der tapfersten, charakterstärksten Männer hat diese Worte geschrieben: Ernst Moritz Arndt. Und wer nicht beten kann? Dem fehlt das Letzte und Beste zum Mann. Wahres Gebet heiligt und reinigt und steigert alle Kraft, schmilzt die Schlacken weg und stählt. Was heißt wahrhaft beten? Es heißt: sich ganz mit Gott verbinden im Geist, daß sein Geist uns gibt, was wir brauchen: Klarheit in der Erkenntnis, Ehrfurcht vor seinem Willen, Vertrauen in seine Weisheit, seine Liebe, seine Macht. Wie nötig brauchen wir das alles in allen unseren Anliegen, in unseren Freuden und Leiden, in unseren Aufgaben und Pflichten; und wann hätten wir es nötiger gebraucht, als in dieser Zeit der großen Räte und der großen Aufgaben! Wir würden mit unseren persönlichen Räten des eigenen Lebens und in unseren Familien mannhafte fertig, wenn wir unsere Anliegen, statt sie verzweifelt in uns hineinzugraben oder miteinander klagend zu bereben, ohne Unterlaß im Geist mit Gott besprechen und mannhafte ihm anheimgäben: „und Gott dem Herrn vertraut.“ Und wir würden mit der großen Aufgabe, unser Volk zu neuen aufzubauen zu neuer Einigkeit und Kraft, schneller und segensvoller fertig, wenn wir uns in allen diesen Anliegen ohne Unterlaß im Geist vor Gott prüften, mit ihm besprächen, von ihm leiten ließen: wieviel Störendes, Verbitterndes, Aufreizendes bliebe ungesagt und ungetan, würde als Schlacke weggeschmolzen, uns allen und dem großen Werk zum Segen; wenn wir lernten, im Gebet uns selbst zu heiligen zu rechter Mitarbeit in seinem Geist und im rechten Vertrauen nicht auf unsere Weisheit, sondern auf seine Führung. Laßt uns danach streben, Menschen des Gebets zu werden, die aus Gott leben wollen! P. S. B.

Das Wetter der Woche.

Die letzte Woche stand noch immer unter dem Einfluß der Eisheiligen, die sich in diesem Jahre besonders hartnäckig in Deutschland aufgehalten haben. Wir hatten im allgemeinen in ganz Deutschland sehr kühles Wetter mit verbreiteten und zum Teil starken Niederschlägen. Verschiedentlich wurden bis zu vierzig Millimeter Niederschlagsmengen innerhalb von vierundzwanzig Stunden gemessen. Aus den schneebedeckten Bergen wurden sogar stärkere Schneefälle gemeldet. Mitte der Woche trat dann eine Wendung ein, die den Abschluß der bisherigen Kaltwetterperiode einleitete. Die Tiefdruckwirbel im Osten, die bisher unsere Witterung beeinflusst hatten, entfernten sich langsam nach Osten. Gleichzeitig drängte das Hochdruckgebiet, das über Westeuropa lagerte, langsam aber sicher nach dem Kontinent vor. Für die nächsten Tage ist daher mit fortwährender Aufhellung und Erwärmung zu rechnen. Allerdings besteht die Gefahr, daß diese Besserung noch nicht von Dauer ist. In Mittelstandinavien und westlich von den britischen Inseln sind bereits neue Tiefdruckwirbel aufgetaucht, von denen insbesondere das skandinavische Tief dem Norden und Nordosten Deutschlands sehr bald wieder veränderliches Wetter und Niederschläge bringen dürfte.

* Interessantes über die Kreistagswahlergebnisse. Vom Landkreistag wird uns geschrieben: Ueber die Verteilung der Kreistagsitze gibt folgende Tabelle Aufschluß, die zugleich einen Vergleich mit der Wahl 1929 enthält:

Parteien	1929 a. volle % abgerundet	1933 a. b. % abgerundet
1. Nationalf. D. Arb. P.	354 = 4%	4233 = 48%
2. D.nat. V. Part. u. 1933 Kampffront Schw.-w.-rot	1572 = 16%	966 = 11%
3. Zentrum	1805 = 18%	1355 = 15%
4. Sozialdemokraten	2513 = 26%	1344 = 15%
5. Kommunisten	472 = 5%	484 = 6%
6. Deutsche Volkspartei	604 = 6%	25)
7. Deutsche Staatspartei	273 = 3%	7) zus.
8. Wirtschaftspartei	349 = 3%	12) 1%
9. Sonstige Parteien	535 = 6%	78)
10. Unpolitische	1239 = 13%	368 = 4%
Zusammen:	9812 = 100%	8873 = 100%

Hiernach haben die Nationalsozialisten von 8872 Sitzen 4233 inne. Mehrheiten finden sich nur bei den Nationalsozialisten und beim Zentrum. Von 352 Kreisen haben bei Nichtberücksichtigung der kommunistischen Mandate die Nationalsozialisten die Mehrheit in 204 Kreisen, in 22 Kreisen haben sie die Hälfte der Mandate. Das Zentrum hat die Mehrheit in 25 Kreisen und in 9 Kreisen die Hälfte der Mandate. Alle übrigen Parteien haben in keinem einzigen Kreis eine Mehrheit. Folgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die Verhältnisse in den einzelnen Provinzen:

Provinz	Gesamtzahl der Kreise	Nat.-Soz. D. A. P.	Zentrum	Restparteien
Preußen	37	31	—	1
Brandenburg	31	29	—	—
Pommern	26	25	—	—
Grenzmark	8	3	2	—
Niederschlesien	31	24	4	—
Oberschlesien	14	3	1	—
Sachsen	36	25	2	1
Schleswig-Holstein	14	14	—	—
Hannover	46	21	4	3
Westfalen	32	6	1	12
Sachsen-Magdeburg	33	21	4	2
Rheinprovinz	42	2	1	6
Hohenzollern	2	—	—	1
Zusammen:	352	204	22	25

* Landesgemeinschaft Deutscher Apotheker. Den Mitgliedern der Landesgemeinschaft Deutscher Apotheker, der ersten ständischen Zusammenfassung eines gesamten Standes, ist die Führung des Berufszeichens „St. D. A.“

verliehen worden. Der Apotheker St.-D.-A. bürgt für unbedingte Güte und Reinheit aller in der Apotheke abgegebenen Waren, da die Leitung der Standesgemeinschaft ihre Mitglieder aufs strengste kontrolliert, denn nur so ist eine ordnungsgemäße Arzneiverforgung des Volkes gewährleistet. Ueber allem das Motto: „Die Apotheke steht im Dienste der Volksgesundheit.“

* Reichspräsident von Hindenburg Schirmherr der landw. Jubiläumsausstellung in Essen. Der Reichspräsident hat in Würdigung der großen Bedeutung der 100-Jahrausstellung des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen in Essen (9.-17. Sept.) die Schirmherrschaft übernommen. Die Ausstellung gibt einen Ueberblick über die gesamten technischen Leistungen der rheinischen Landwirtschaft und wird voraussichtlich die größte Ausstellungsveranstaltung Westdeutschlands werden. Neben der rhein. Landwirtschaft beteiligen sich an der Schau in größerem Umfang die mit der Landwirtschaft in Verbindung stehenden Industrien und das Gewerbe. Wie wir weiter erfahren, ist auch der Besuch der Ausstellung durch den Herrn Reichskanzler Adolf Hitler zu erwarten.

Halber

—(Mitgliederversammlung des Verkehrsvereins Halber. In der letzten Sitzung des Verkehrsvereins wurde an Stelle des ausgeschiedenen Beisitzers Hattenrath, zum Beisitzer Karl Kind, Halber, gewählt. Es sollen Werbeprospekte in Blattform gedruckt werden, die durch die hiesigen Firmen mit der Geschäftspost zum Versand kommen. Die Frage der Anschaffung von Reklamestempeln ist einstweilen noch zurückgestellt. Zwecks Prüfung der Frage der Heranbringung von Sonderzügen wurde eine Kommission bestellt, die mit den maßgebenden Stellen verhandeln soll. Bei der Kraftverkehrsgeellschaft Wupper-Sieg soll angeregt werden, wenn nicht schon geschehen, dann doch an Sommer- und Feiertagen von Köln aus Sonntagsfahrten auszugeben. Eine Anregung durch geeignete Artikelschreiber in auswärtigen Zeitungen für Halber zu werben soll näher getreten werden. Die Reklamemöglichkeit durch Radiodurchgabe wird allgemein für reichlich kostspielig gehalten. Es soll jedoch von Fall zu Fall die Zweckmäßigkeit einer derartigen Reklame erwogen werden. Eine Anregung wegen Einrichtung einer Jugendherberge soll dem Jugendherbergsverband weiter gegeben werden. Die Wohnungsliste, die seinerzeit von dem Verkehrsverein herausgegeben wurde, ist durch die Entwicklung der Preise überholt in ihrer jetzigen Form geeignet Fremde von Halber abzuhalten statt herzuführen, da die alten Preise außergewöhnlich hoch sind. Es ist daher notwendig neue Wohnungslisten aufzustellen. Da die Nachfrage nach Prospekten mit Beginn der Saison einsetzt, ist es erforderlich, daß die Wohnungslisten in Kürze im Neudruck vorliegen. Es ist deshalb unerlässlich, daß die Interessenten die Anzahl der Betten, die Preise einer Übernachtung, für ein Frühstück und die volle Pension auf Grund der gleichzeitig erscheinenden Anforderung des Verkehrsvereins terminmäßig an den Geschäftsführer des Verkehrsvereins mitteilen. Die Kosten der Herstellung der Wohnungslisten sollen anteilmäßig von den Interessenten aufgebracht werden, jedoch jeder der Aufnahme in die Wohnungsliste wünscht, mit einem geringen Kostenanteil rechnen muß. Ein auf anderweitige Festlegung der Abfahrtszeiten der Wagen von Markt-Sauerland gerichteter Antrag wurde an die Kraftverkehrsgeellschaft Markt-Sauerland weiter geleitet. Die Reklame für die Freizeitspiele und das Fahr- und Reitturnier am 2. Pfingsttage soll unterstützt werden. Der Ausbau von Wanderwege ist in Angriff genommen. Auch dieses Mal richtete der Vorsitzende am Schlusse der Versammlung die Bitte an die Anwesenden, unbedröffen weiterhin durch Werbung neuer Mitglieder für eine nützbringende Tätigkeit des Verkehrsvereins zu sorgen.

—(Hauptlehrer i. N. A. Heesemann kann am morgigen Sonntag, dem 21. Mai seinen 79. Geburtstag begehen. Der alte Herr war bis vor kurzem noch sehr rüstig. Eine Krankheit hat ihn seit einigen Tagen aus Bett gefesselt. Wir wünschen ihm baldige Genesung und anbieten ihm zu seinem Geburtstage den herzlichsten Glückwunsch.

—(Fräulein Ihe Wagner, Tochter der Witwe Hermann Wagner, Elberfelderstraße, hier selbst, legte ihre Gehilfinnenprüfung im Schneiderinnen-Handwerk vor dem Prüfungsausschuß im Lädenberg ab. Sie bestand die Prüfung mit dem Prädikat „Gut.“

Schalksmühle

—(Eine empfindliche Störung in der Kraftstromzufuhr wurde dadurch hervorgerufen, daß im Transformatorhaus des kommunalen Elektrizitätswerk Markt bei der Fabrik der Firma H. H. Eversberg in der Hälber, die Sicherungen durchbrennten und Explosionen entzündeten. Demzufolge wurden auch die damit in Verbindung stehenden Stromstränge in der Umgebung in Mitleidenschaft gezogen und die anliegenden Betriebe ohne Stromzufuhr blieben. Sie konnten infolgedessen die Arbeit nicht aufrecht erhalten und mußten die Betriebe schließen. Durch schnelle Inangriffnahme der Reparaturarbeiten konnte bereits am Sonnabend die Arbeit allenthalben wieder aufgenommen werden.

Breckerfeld

—(Sitzung des komm. Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breckerfeld. Der kommissarische Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breckerfeld trat am 18. d. M. zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der f. Vorsitzende Knipping führte die Mitglieder unter Hinweis auf ihre Rechte und Pflichten in ihr Amt ein und wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß er die in Händen des Herrn Höller liegenden Geschäftsführung in Ordnung vorgefunden habe. Die Sitzung wurde in folgenden Punkten abgeändert: a) Eine Entschädigung an die Organmitglieder wird nicht mehr gezahlt; die nachgewiesenen Fahrtkosten und den Versichertenvertretern der nachgewiesene Arbeitsausfall, wird erstattet, b) Für den Vorsitzenden kommt ebenfalls eine Entschädigung nicht mehr in Frage, c) Der Vorstand soll für die Zukunft nur aus 6, der Ausschuß nur aus 12 Personen bestehen. — Eine Aenderung der Geschäftsordnung wurde ebenfalls vorgenommen. Die Selbstabgabestellen sollen aufgelöst werden. Die Nebenstelle in Priorei soll zunächst nur an den Vormittagen geöffnet sein. Neben Einsparung von sächlichen Verwaltungskosten, sollen auch sächliche Verwaltungskosten eingespart werden. Die 3. St. beschäftigten 2 Hilfskräfte sollen auf eine ermäßigt werden. Damit nicht eine dauernde Arbeitslosigkeit eintritt, soll eine abwechselnde Beschäftigung erfolgen. Anstrich- und Reparaturarbeiten wurden vergeben. Die Beitragsrückstände sollen mit besonderem Nachdruck beigetrieben werden. Die geplanten Maßnahmen werden in Kürze eine wesentliche Ermäßigung der Verwaltungskosten mit sich bringen.

Kierspe

—s Ueber „Zweck und Ziele der KERSPE“ spricht heute abend um 8 1/2 Uhr im Hotel Plate der Kreisleiter M. u. S. Zu der Versammlung ist jeder Interessent eingeladen.

Rönsahl

—c Die diesjährige Rönsahler Mai-Kirmes findet in unserm im frischen Maiengrün prangenden Orte Sonntag und Montag, dem 28. u. 29. Mai statt. Die hiesige Kirmes ist weit und breit bekannt und erfreut sich stets eines guten Zuspruchs. Traditionsgemäß wird schon am Himmelfahrtstage die Vorfeier beginnen, indem „Kusenbergs“ Geschäfte in Betrieb gesetzt werden. Wer also für Himmelfahrt noch kein festes Ziel hat, komme nach Rönsahl.

Hagen. Regierungsrat Dr. Wikel verfehlt. Durch Erlass des Ministers des Innern vom 11. Mai 1933 ist Regierungsrat Dr. Wikel, der seit Jahren Vertreter des Polizeipräsidenten in Hagen war, unter Uebernahme in die allgemeine Verwaltung an die Regierung in Schleswig verlegt worden. Unabhängig hiervon läuft ein Dienststrafverfahren gegen Dr. Wikel weiter, das vor kurzem im Zusammenhang mit Vorkommnissen in der Hagener Polizeiverwaltung eingeleitet werden mußte.

Jägertag in Hubertusstock.

Die Männer der grünen Farbe grüßen ihren Schirmherrn Göring.

Auf jagdhistorischem Boden, inmitten der berühmten Schorfheide, melden sich im Jagdschloß Hubertusstock eine größere Anzahl preussischer Staatsforstbeamten bei ihrem höchsten Vorgesetzten, dem preussischen Ministerpräsidenten Göring.

Oberlandforstmeister Vorgrebe dankte dem Ministerpräsidenten, daß er trotz der ungeheuren Bürde seiner Arbeit den Weg zur grünen Farbe gefunden habe. Die preussischen Staatsforstbeamten seien stolz darauf, in Zukunft unter der Führung eines so genialen und tatkräftigen Führers im neuen Reich arbeiten zu dürfen. Aber auch die deutschen Jäger seien glücklich, daß sie

den Ministerpräsidenten zu den übrigen zählen könnten. Jede Revolution habe bisher dem deutschen Weidwerk durch sinnlose Wildvernichtung schweren Schaden zugefügt. Alle Sorgen seien zerrissen, als die Kunde durch die deutschen Lande gegangen sei, daß der Ministerpräsident der Schirmherr der deutschen Jagd sein wolle.

Ministerpräsident Göring überbrachte die Grüße des Führers Adolf Hitler an die preussischen Staatsforstbeamten und darüber hinaus an die gesamte grüne Farbe. Er sah seine Aufgabe darin, den

deutschen Wald als wichtigste Kraftquelle

des deutschen Volkes in seinem vollen Bestande zu schützen und zu erhalten. Er werde nicht dulden, daß Jäger, die das Morden über die pflegliche Behandlung des Waldes stellten, sich auch in Zukunft ungehindert an dem Allgemeinwohl des Volkes, welches das deutsche Bild darstelle, veründigten. Zum Schluß brachte der Ministerpräsident ein dreifaches Horrido auf den Reichskanzler aus.

Explosionsunglück in München fordert drei Todesopfer.

Im Osten Münchens ereignete sich in der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein ein schweres Explosionsunglück, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen. Fünf Arbeiter wurden teilweise schwer verletzt.

Ein 24jähriger Schlosser trug so schwere Brandverletzungen am ganzen Körper davon, daß der Tod auf der Stelle eintrat, ein 27jähriger Hilfsarbeiter und ein 32jähriger Kupferschmied sind später im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen. Die Unglücksstelle und das ganze Unglücksgelände wurden wegen der Gefahr weiterer Explosionen in großem Umkreis abgesperrt.

Was man noch wissen muß.

Der Mörder eines SA-Führers ermittelt.

Hferlohn. Der Kriminalpolizei gelang es, den Mörder des SA-Führers Hans Bernsau, der bei kommunistischen Unruhen Ende 1932 auf dem Bahnhofsvorplatz erschossen worden war, in der Person des 35jährigen Kraftwagenführers Franz Schidil aus Hferlohn zu ermitteln und festzunehmen.

Davis-Pokalspiel Deutschland—Holland.

Deutschland führt 2:0.

Berlin. Im Davis-Pokalspiel Deutschland—Holland führt Deutschland nach dem ersten Tag mit 2:0. Nachdem Kuhlmann den Holländer Leemburgers 6:3, 6:3, 6:1 geschlagen hatte, besiegte im weiteren Verlauf des Spiels Gottfried von Cramm Hollands Epkenspieler Zimmer 6:2, 6:3, 1:6, 6:4.

Sühne für den Reichsbannerüberfall auf SA.

Neurode. Das Sondergericht in Neurode beurteilte den Ortsgruppenleiter des Reichsbanners und einen weiteren Reichsbannerangehörigen wegen schweren Landfriedensbruchs zu je einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus, weitere elf Reichsbannerleute zu je neun Monaten und zwei zu je sechs Monaten Gefängnis. Dadurch fand ein schwerer Überfall auf die hiesige SA-Sühne, der von Reichsbannerleuten anlässlich der Auflösung einer Gewerkschaftsversammlung verübt worden war.

Zwei Todesopfer durch Genuß von Sauerampfer.

Stuttgart. In Sechtenhausen erkrankten zwei Schwestern nach dem Genuß von Sauerampfer. Trotz ärztlicher Hilfe starben beide Mädchen nach Verlust des Augenlichts an den Folgen der Vergiftung.

Familien-Nachrichten.

Geburten:

1 Sohn, Erich Sauer und Frau, Margarete geb. Bauchhage, Halber. — 1 Tochter, Robert Jacobs und Frau, Emma geb. Rittinghaus, Hahnenbede b. Weinerzhagen. — 1 Sohn, Arthur Reichelt und Frau Grete geb. Brune, Verjetalperre.

Verlobte:

Margarete Loh und Wilhelm Wiebusch, Brüninghausen und Neuenherweg b. Halber. — Paula vom Brode, Halberscheid b. Brügge und Eberhardt Kerspe, Halber. — Ruth Holtermann und Hans Kammermöns, Halber.

Verheiratete:

Gerh. Otto Eugen Börner, Hammerhaus und Herta Frieda Weber, Altenhof. — Karl Quabder, Werfischeid und Elfriede Sure, Weisenpferd bei Weinerzhagen.

Gestorben:

Friedrich Schmidt, Brügge, 44 J. alt. — Ww. Karl Kölsch, Lina geb. Dörnen, Dahlebrück, 70 J. alt. — Johannes Hallenberger, Weinerzhagen 51 J. alt. — Hans Haarmann, Oberlagebach, 11 Monate alt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen 9 1/2 Uhr, meinen innigstgeliebten herzensguten Mann, meinen lieben Bruder, unsern guten Schwager und Onkel

Herrn Max Laifle

plötzlich und unerwartet, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Er starb mehrmals gestärkt durch den Empfang der hl. Sakramente der röm.-kath. Kirche, nach einem aufrichtigen und rechtschaffenen Lebenswandel, im Alter von 63 Jahren.

Um stille Teilnahme bittet:

Frau Max Laifle, Auguste geb. Louis und Anverwandte.

Solingen, Augsburg, Grönenbach-Bay., Berghof, Radevormwald, Barmen, den 19. Mai 1933.

Die Beerdigung findet am Montag, den 22. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr vom Sterbehause, Bergstraße 40 aus, nach dem kathol. Friedhof Cronenbergerstraße statt.

Das feierliche Seelenamt ist am Montag morgen 8 1/2 Uhr in der St. Clemenskirche Solingen.

Miele



der Futterdämpfer mit gesetzl. geschütztem Feuer-Führungsring und weiteren Vorzügen.

Mielewerke A.G. Gütersloh/Westfalen

Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

Inserieren bringt Gewinn!



--haushalten!

Statt Karten!

Ruth Holtermann
Hans Kammermöns
Verlobte

Halber, den 20. Mai 1933.

Ausschreibung.

1. Die Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung von Wegeinstandungsarbeiten in der Gemeinde Halber sollen im Wege des Angebots vergeben werden. Es umfassen:

Los 1: Ausbau des Weges Oberbuschhausen bis Kreisch,

Los 2: Ausbau des Weges Neuen-Herweg + Im Heed

und die Deckenerneuerung auf der Halber-Mühl- und Kölnersstraße.

Angebotshefte werden zum Preise von 1,50 RM beim Amtsbaumamt abgegeben, wofür auch die Zeichnungen und Bedingungen eingesehen werden können. Angebotshefte mit der Aufschrift: „Wegbau Oberbuschhausen bezw. Wegbau Neuen-Herweg usw.“ sind bis zum 1. 6. einzureichen.

Halber, den 19. Mai 1933.

Der Gemeindevorstand.

Öffentliche Mahnung.

Die bis jetzt fähig gewordenen, an die unterzeichnete Kassenverwaltung zu zahlenden Steuern und anderen Abgaben sind spätestens bis zum 24. ds. Mts. zu entrichten.

Vom folgenden Tage ab werden die Rückstände nebst Kosten und Verzugszinsen im Wege der Zwangsvollstreckung beigetrieben.

Halber, den 20. Mai 1933

Kassen des Amtes Halber.

Hella

die neue Frauen-Flüsterin bringt alles, was das Herz einer Frau begehrt für 20 Pf!

Lassen Sie sich ein Heft vorlegen, Sie werden begeistert sein wie schon Tausende.

Hella erscheint im Beyer-Verlag, Leipzig, und ist überall erhältlich.

Zwangsversteigerung

Am Montag, den 22. Mai 33, mittags 12 Uhr, sollen, in meinem Versteigerungslokal Wirtschaft „Hotel zur Post“ in Halber i. W. öffentlich meistbietend gegen bare Zahlung versteigert werden:

1 3-tür. Kleider-schrank,

2 Schreibmaschinen.

Lüdenscheid, d. 20. Mai 33.

Lange,

Ob-Gerichtsvollzieh. Lüdenscheid

Worthstr. 2.

Briefpapier

lose und in Kartons

Wilh. Bell Jr., Halber.

Möbelhäuser Aktion!

Einmaliges Angebot wegen Geldmangel

Schlafzimmer, hochmodern mit Frischluftschiff oder Waschkommode usw. RM. 290,—

Speisezimmer, Büffet 180 cm mit Kredenz, Ausziehtisch und 4 Polsterstühlen RM. 285,—

Küche, natur, komplett RM. 160,—

Auf jedes Teil volle Garantie. Wagen steht kostenlos z. Verfügung.

Eilanfragen unter Nr. 30 an die Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers Halber.

Düngemittel!

Frisch eingetroffen und auf Lager wieder vorrätig:

Ammoniak-Superphosphat 9x9, Ammoniak-Superphosphat 5x10, Am. Gu. Ka. 5x8x12, Schwefelsaures Ammoniak, Verwasalpeter, Nitrophoska II, Katnit.

C. Zimmermann, Ohl-Rönsahl

Telefon Nr. 211 Rönsahl.

Dienstag nachm., den 23. Mai, erhalte ich beste

Oldb. Ferkel und Läufer-Schweine.

Aug. Kerspe, Halber.

Verkehrsverein Halber

Für die Herausgabe neuer

Wohnungslisten

ist Angabe der Zahl der Betten, der Preise getrennt für Uebernachtung, Frühstück u. volle Pension erforderlich.

Sämtliche Interessenten, die Wert auf Aufnahme in die Wohnungsliste legen, müssen die erbetenen Angaben bis spätestens zum 1. Juni d. Js. dem Geschäftsführer Amtsinspektor Filling machen.

KLEIN-TRIUMPH



die ideale Schreibmaschine für Büro, Reise und Haus, die „Klein“-Maschine mit den Schreibmaschinen-schäften einer Großen

Bitte verlangen Sie unverbindliche Offerte und Vorführung durch uns oder durch unsere Vertretungen

TRIUMPH WERKE NÜRNBERG A.G.

Büro-Organisation

Günther, Lüdenscheid

Wilhelmstraße 24.

Das gilt natürlich auch beim Waschen! Nehmen Sie das vorteilhafte Persil-Doppelpaket (es ist 5 Pf. billiger als 2 Einzelpakete). Nehmen Sie vor allem Persil allein, ohne jeden Zusatz. Persil enthält allerbeste Seife reichlich, so daß jeder weitere Zusatz vollkommen überflüssig ist.

Persil bleibt Persil

Zum Einweichen: Henko Wasch- und Bleich-Soda!

Ämtlicher Preisbericht der Kölner Produktendörse.

Köln, 19. Mai.

Es bedeutet Kg.-Moggen, S.-Futter, W.-Winter

S.-Sommer.

Weizen rhein 21,10 Weizenfl. 8,00—9,25

74 Kg. Roggenfl. 7,75—8,25

Weizen ausl. 24,65—26,35 Vierreber 11,50—12,00

Roggen rhein. 16,90 Weizen 38 Pr. 11,50—11,75

70—71 Kg. 50 Pr. 11,60—12,00

Roggen nordb. 19,50 54 Pr. 12,35—12,50

Roggen ausl. 5,00—15,50 Sojabohn. 10,15—10,70

Hafer hiesiger 46 Pr. 9,00

Hafer nordb. 17,25 Rapst 38 Pr. 10,50—10,75

Hafer ausl. 18,00—18,75 Bohnen 1. 7,50

Hafer-Gerste ausl. 20,75 Rüdchen 1. 8,50—9,25

Hafer-Gerste inl. 21,75 Rüdchen 2. 6,25—7,00

Hafer-Gerste inl. 21,75 Weizen neu 5,30—5,60

Hafer-Gerste inl. 21,75 Weizen neu gepreßt 7,40—8,00

Hafer-Gerste inl. 21,75 Weizen neu gepreßt 7,40—8,00

Hafer-Gerste inl. 21,75 Weizen neu gepreßt 7,40—8,00

Hafer-Gerste inl. 21,75 Weizen neu gepreßt 7,40—8,00

Hafer-Gerste inl. 21,75 Weizen neu gepreßt 7,40—8,00

Hafer-Gerste inl. 21,75 Weizen neu gepreßt 7,40—8,00

Hafer-Gerste inl. 21,75 Weizen neu gepreßt 7,40—8,00

Hafer-Gerste inl. 21,75 Weizen neu gepreßt 7,40—8,00

Hafer-Gerste inl. 21,75 Weizen neu gepreßt 7,40—8,00

Hafer-Gerste inl. 21,75 Weizen neu gepreßt 7,40—8,00